



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

kamen Stunden, in denen er düstere Bekenntnisse seines Seelenzustandes verlauten ließ — einmal war ich unfreiwillig Zeuge, aber diese nervöse Art der Selbstanklage war zu gemischt, als daß ich sie hätte vertragen können, da war Selbsterkennntnis, Selbstinteressantheit und Steigerung des Wortes durch das Wortmachen so unentwirrbar ineinander gemengt, daß ich das Fenster nicht bloß wirklich aufmachte, um dem Guayraqualm zu entkommen, sondern auch figürlich.

Später kam der deutsch zurecht gemachte Darwin in Mode, und da entdeckte er sofort seinen Vater Tantalus. Er begriff sein Leben, er war das bejammernswerte Ergebnis einer ganzen Reihe von Kräften, die es offenbar drauf abgesehen hatten, einen Schwächling zu erzeugen, eine unglückliche Diagonale im Parallelogramm der Kräfte. Wenn er sich wie ein Tropf benommen hatte, und das brachte er vorzüglich fertig, so schalt er den Vater Tantalus. Wenn das Geld, das am Ersten eingetroffen war — und es floß für diesen Kameraden zu reichlich —, ihm am Fünfzehnten das letzte Lebenswohl sagte, wenn er Katzenjammer hatte, wenn er in Abenteuer verwickelt war, deren Entdeckung er fürchtete, dann hörte man ihn: O Tantalus, Tantalus! murmeln, wenn er neben den andern herging, und diese ehrten seine große unglückliche Seele mit einer Ängstlichkeit und Teilnahme, die mir an ihnen gefiel, aber ich konnte sie nicht empfinden, ich sah eben keinen Tantaliden, sondern einen Menschen, der nicht steuern und nicht rudern wollte. —

Das ist ein scharfer Herr, sagte das alte Fräulein, als Viktor geendet hatte.

Viktor aber, der sich genötigt sah, jedes Wort Säuerliches zu unterschreiben, erwiderte: Ich habe noch nie gesehen, daß ein edler Mensch diese Deckung hinter Verhältnissen, Elternschuld und Vorfätererbe gesucht hätte.

(Schluß folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Arbeiterbewegung und die nationalen Ziele. Auch dieses Jahr wieder haben sich die Sozialdemokraten mit einer verunglückten Maiseier blamirt. Was würden ihre Führer darum geben, wenn sie den unüberlegten Beschluß, der alljährlich ihre Ohnmacht gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung offenbart, zurücknehmen könnten! Aber unfehlbare Päpste können nichts zurücknehmen; die Herren Bebel, Liebknecht und Mehring hätten von den Päpsten vorher die Klugheit lernen müssen, ehe sie die Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nahmen. Für eine leere Demonstration den Brotverdienst und vielleicht gar Freiheit, Blut und Leben zu wagen, fällt den deutschen Arbeitern nicht ein. Damit soll nicht gesagt sein, daß sie auch nichts wagen würden, wenn es sich um ernstere Dinge handelte. In Wien ist die Maiseier von Jahr zu Jahr immer großartiger ausgefallen. Warum? Weil sie dort den Zweck hatte, den Arbeitern einen Anfang politischer Rechte zu erkämpfen. Jedes Jahr demonstrieren sie vor dem Parlamentsgebäude, und es hat dabei massenhaft Verwundungen, Verhaftungen und Verurteilungen gegeben. Dieses

Jahr haben sie ihren Sieg gefeiert, denn wenn sie auch in Wien selbst unterlegen sind, so ist es doch vorzugsweise den Wiener Demonstranten zu danken, daß man eine fünfte Kurie geschaffen hat, und daß einige Arbeitervertreter in den griechischen Tempel an der Ringstraße eingezogen sind. Diesmal haben sie daher nicht mehr vor diesem Gebäude demonstriert, weil sie, wie sie sagen, darin sitzen; sie haben sich — 100 000 Mann stark mit Frauen und Kindern — erst im Prater gesammelt, und dort sind, dank dem friedlichen Zusammenwirken der Polizei mit den 2000 sozialdemokratischen Ordnern, alle Schwierigkeiten überwunden worden, die aus der Bewegung solcher Massen und aus ihrer Verwicklung mit zahlreichen Kutschen und den Wagen der elektrischen und der Pferdebahn entstehen. Welche revolutionäre Kraft einer beharrlichen Rechtsverweigerung innewohnt, das hat sich in neuerer Zeit nirgends deutlicher gezeigt als in Galizien; haben doch die galizischen Bauern, diese halbverhungerten, armseligen Analphabeten in der Zeit der Wahlen Tag und Nacht ihre Dörfer umstellt und bewacht, um den Wahlkommissarius abzufangen und ihn zu hindern, nach Schlachzitzenfittie die Wahl ohne die Wähler vorzunehmen, und sie haben sichs Tote und Verwundete kosten lassen.

Man wird auch wohl bei uns wenig Lust haben, eine ausgesprochen arbeiterfeindliche Politik zu treiben. Das ginge allenfalls, wenn die „eine reaktionäre Masse“ in allem übrigen so einig wäre wie in ihrem Gegensatz zur Sozialdemokratie, aber wie es damit steht, braucht nicht breit erörtert zu werden, und mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie allein läßt sich doch keine Politik treiben. Bei der stetig wachsenden Zahl der Elemente, aus denen sich die Sozialdemokratie rekrutiert, bleibt nichts übrig, als mit ihnen als mit einem wesentlichen Gliede des Staatskörpers zu rechnen; ja sie und der Bauernstand bilden die zwei Gruppen, mit denen der Staat vorzugsweise zu rechnen hat. Denn es sind die beiden Gruppen, die bei größter Kopfzahl am gleichartigsten in ihrer Zusammensetzung sind, mit denen ins klare und zu gemeinschaftlichem Handeln zu kommen also am leichtesten sein muß. Die weit schwächeren Mittelparteien bestehen aus sehr verschiedenartigen Elementen, und beim Zentrum vermag der konfessionelle Mantel nur notdürftig eine Menge widersprechender Interessen und Bestrebungen zu verdecken. Demnach ist es eine Lebensfrage für unsre Politik, Ziele aufzustellen, die auch die Lohnarbeiter zu den übrigen machen können, und ihre grundsätzliche Feindschaft gegen den Staat allmählich zu überwinden.

Selbst wenn alle dahin gerichteten Versuche aussichtslos wären, würde es Pflicht sein, damit fortzufahren, aber sie sind nicht so aussichtslos, wie es scheint. Anzeichen von Strömungen in der Arbeiterpartei, die sich vom Radikalismus abwenden, haben wir oft genug zu verzeichnen gehabt. In neuerer Zeit sind dazu gekommen ein stärkeres Interesse für möglichst unpolitische Gewerkschaften, die bekannten Erklärungen Schoenlanks gegen Liebknecht und eine Reihe von Aufsätzen Eduard Bernsteins, die dieser neben Kautsky bedeutendste unter den lebenden Theoretikern der deutschen Sozialdemokratie unter dem Titel: Probleme des Sozialismus in der Neuen Zeit veröffentlicht hat. Der wichtigste ist der letzte in Nr. 30 und 31 über die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zeit. Bernstein führt darin folgende Gedankenreihe aus. Die Sozialdemokratie hat bisher eine Frage vernachlässigt, der sogar schon frühere Utopisten die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet haben, die Frage der sozialpolitischen Gebietseinheiten und die damit eng verbundene Frage der sozialpolitischen Verantwortlichkeiten. Nicht jede beliebig große Gemeinschaft kann jede beliebige soziale Aufgabe lösen. Demokratische Selbstverwaltung ist nur in ganz kleinen Gemeinwesen möglich, in großen, wie unsre

Staaten sind, bleibt die Demokratie ein leerer Schein, wenn gefordert wird, daß jedes Glied der Gemeinschaft unmittelbar aufs Ganze einwirken soll. Sollte die Einwirkung etwa in Form einer Volksabstimmung über die Verwaltungsmaßregeln vor sich gehen, so müßte, selbst wenn nur über die wichtigsten abgestimmt würde, „der glückliche Bürger der Zukunft alle Sonntage einen Fragezettel vorgelegt bekommen, bei dem ihm Hören und Sehen vergehen würden.“ Selbstverständlich könnte auch nicht ein einziger über die zur Entscheidung aller dieser Fragen erforderliche Sachkenntnis verfügen. Außerdem würde das Bewußtsein der Verantwortlichkeit fehlen, denn dieses Bewußtsein nimmt mit der Zahl derer ab, mit denen man die Verantwortung teilt; eine Behmilliontelverantwortlichkeit ist gar keine mehr. Die Staaten in lauter kleine von einander unabhängige Gemeinwesen aufzulösen, ist bei den heutigen industriellen und Verkehrsverhältnissen unmöglich und würde, wenn es möglich wäre, einen unaufhörlichen und nichts weniger als schönen Interessenkleinkrieg zwischen diesen Gemeinwesen erzeugen. Müssen demnach die kleinen Gemeinwesen zu großen Verbänden zusammengefaßt werden, so ist kein Grund einzusehen, warum man von den schon bestehenden, den Nationalstaaten, abgehen sollte, zumal da Vernichtung der Volkseigentümlichkeiten durch Zusammenkneten aller Völker in einen Brei als etwas kulturwidriges nicht wünschenswert wäre. So haben wir einerseits die Notwendigkeit, die allgemeinen Angelegenheiten von fest angestellten Sachverständigen, also von Beamten, besorgen zu lassen, und diese Notwendigkeit steigert sich von Jahr zu Jahr, da jede Volksvermehrung und jeder Fortschritt der Technik neue Verwicklungen schafft und neue Organe erfordert; Mollusken und Würmer können aus gleichartigem Gewebe bestehen, die höhern Tiere kommen nicht ohne reiche Differenzierung aus und bedürfen namentlich eines Knochengeriüsts und eines Nervensystems. Andererseits werden diese großen Verwaltungskörper ungefähr mit unsern heutigen Staaten zusammenfallen müssen, d. h. mit andern Worten: der Zukunftsstaat ist seinem Wesen nach nichts andres als unser gegenwärtiger Staat, nur daß darin besser als in diesem dem Mißbrauch der Staatsgewalt für Sonderzwecke vorgebeugt wäre. Auch die Strafrechtspflege wird der Zukunftsstaat nicht entbehren können. „Selbst wenn er den Verbrecher als Kranken behandelt, ist das nur der Form, nicht dem Wesen nach eine Änderung. Ob jemand wegen Notzucht zu Zuchthaus verurteilt oder als »geschlechtskrank« in ein Haus für moralisch Kranke gesperrt wird, kommt in der Hauptsache auf dasselbe hinaus.“ Auch die Sorge um das eigne Fortkommen und die Verantwortlichkeit für sein eignes Schicksal kann dem Bürger des Zukunftsstaats nicht abgenommen werden. Das Gemeinwesen kann niemals eine Versorgungsanstalt für Menschen werden, die selbst aller Sorge überhoben wären, denn es kann nicht mehr leisten, als es von seinen Mitgliedern empfängt. Die Regel, daß, wer nicht arbeiten will, auch nicht essen soll, bleibt demnach bestehen. Der Sozialismus kann also die Pflicht der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit nicht aus der Welt schaffen, er kann nur ihre Erfüllung erleichtern. Zum Bewußtsein dieser Pflicht müssen die Arbeiter mehr als bisher durch die Tätigkeit in Genossenschaften und Gewerkschaften erzogen, und ihre Aufmerksamkeit muß mehr als bisher auf die Zwischenglieder zwischen dem Einzelnen und dem Staate, auf Gemeinde, Kreis und Provinz gerichtet werden. Denn die Reform des Staates, die das einzige denkbare Ziel eines vernünftigen Sozialismus ist, wird vorzugsweise in der Dezentralisierung der Verwaltung zu bestehen haben, darin, daß alle Aufgaben, die nicht ihrer Natur nach an die Zentralbehörde gebunden sind, den kleinern Verbänden übertragen werden, in denen allein eine wirkliche, lebendige Teilnahme jedes Einzelnen an der

Verwaltung möglich ist, während die Demokratie ein leeres Wort bleibt, so lange der Einzelne unvermittelt einer Gesamtheit von vielen Millionen gegenübersteht.

Ein Ei kann dem andern nicht genauer gleichen, als diese Ansicht Bernsteins der unsern. Nur ein Punkt fehlt bei ihm noch zur vollständigen Gleichheit: daß der Zukunftsstaat die Erleichterung, die er bringen soll, nur bringen kann, wenn er die Bodenfrage löst. Gegen die Anerkennung dieser Wahrheit sträuben sich vorläufig noch sowohl die Sozialdemokraten als die Agrarier. Aber Bernstein hat nur noch einen Schritt bis dahin, da er die aus der Volksvermehrung entspringenden Schwierigkeiten anerkennt, und in einem agrarischen Organ, *Fühlings Landwirtschaflicher Zeitung*, stößt ein Rittergutsbesitzer Wadsack mit der Nase darauf. Er klagt darüber, daß seit 1871 die Landbevölkerung in Deutschland von 63 auf 49 Prozent gesunken, die städtische von 37 auf 51 Prozent gestiegen sei. Aber die Sache liegt doch nicht so, daß die Verschiebung bei gleichbleibender Einwohnerzahl erfolgte. Die Grundursache ist das Bevölkerungswachstum, das den ländlichen Überschuß zur Abwanderung und zur Verstärkung der industriellen Bevölkerung zwingt, und erst daraus entwickeln sich die übrigen Ursachen, die dann die ländliche Bevölkerung stellenweise — keineswegs überall — geradezu vermindern. Ein Duzend mal haben wir ausgeführt, was Wadsack zum Lobe des Landlebens sagt und von der Notwendigkeit, den Leuten die Lust und Liebe zum ländlichen Leben zu erhalten; aber was nützt das alles, wenn der Landmann abwandern muß, weil er es entweder aus Mangel an käuflichem Acker zu keiner Selbständigkeit bringt, oder weil ihn, wenn er schon selbständig war, der Hypothekengläubiger heruntertreibt? Und wie können die Agrarier diesem Zustande abzuhelpen hoffen, wenn all ihr Bemühen auf die Erhöhung des Bodenwerts gerichtet ist, während gerade der unerschwingliche Bodenpreis, in dem sich die Bodenknappheit ausdrückt, die Vermehrung der ländlichen Bevölkerung hindert? Nachdem die Intensität der Bewirtschaftung einen gewissen Grad erreicht hat, giebt es nur noch ein Mittel, das richtige Verhältnis zwischen der landwirtschaftlichen und der industriellen Bevölkerung aufrecht zu erhalten: Erwerbung neuen Bodens.

In *Narda* schildert Ebers, wie ein Knabe durch tägliche stundenlange Einschnürung in Bretchen zum verkrüppelten Zwerge gemacht wird. Daß zu enge Landesgrenzen auf ein wachsendes Volk genau ebenso wirken müssen wie Einschnürungen in Bretter auf einen Knaben in der Zeit des Wachstums — der Leser möge selbst den Vergleich zwischen den physiologischen Wirkungen der einen Prozedur mit den wirtschaftlichen, politischen und psychologischen der andern im einzelnen durchführen —, das ist eine so einfache, so offenbare, so allgemein seit Jahrtausenden anerkannte Wahrheit, daß sich ihr nur ein schon der Verkümmern und Verkrüppeln anheimgefallenes Philistergehirn verschließen kann. Man stelle sich doch nur einmal die grauenhaften Zustände vor, die in England eingetreten sein müßten, wenn alle die Engländer zu Hause geblieben wären, von denen die sechzig bis siebzig Millionen Menschen englischer Abkunft in den englischen Kolonien und in den Vereinigten Staaten stammen! Uns Deutsche haben unsre jämmerlichen politischen Verhältnisse in den letzten drei Jahrhunderten verhindert, uns für weitere Entwicklung Raum zu sichern. Und wie denn immer ein Übel das andre erzeugt: unsre heutige geographische Lage, die Enge und die Gestalt unsrer Grenzen zwingen uns zu einer straff militärischen Staatsverfassung, und diese bildet wieder ein Hindernis der Expansion. Einmal beschränken die militärische Dienstpflicht und das mit dem militärischen Wesen in enger Wechselwirkung entstandne bürokratische und polizeiliche Wesen unsers Vaterlands die Bewegungsfreiheit seiner Bürger in

einem Grade, der schließlich ihre Unternehmungslust und ihren Unternehmungsgeist lähmen und sie für großartige Kolonisation unfähig machen kann, sodann erzeugen die vielen Freiheitsbeschränkungen und Belästigungen eine solche Abneigung gegen den Heimatstaat (die nicht gleichbedeutend ist mit Abneigung gegen das eigne Volk und Vaterland), daß der Deutsche gerade solche Auswanderungsgebiete bevorzugt, wo er der väterlichen Fürsorge der heimischen Behörden, so weit sich diese nicht auf den Schutz vor Fremden bezieht, entriickt ist. Alexander Tille, dessen biologische Ansichten wir jüngst bekämpft haben, mit dem wir aber in manchen andern Dingen übereinstimmen, hat einmal die Staatsgrenzen als das Haupthindernis einer gesunden Entwicklung bezeichnet; ohne sie würden, meint er, die Deutschen im Kampfe ums Dasein alle Völker schlagen — durch ihre Arbeitsleistungen; deshalb fordert er die Aufhebung der Staatsgrenzen. Die ist nun freilich nicht möglich; aber jedenfalls müssen wir uns aus der verhängnisvollen Verkettung einander verstärkender Übel herauszuwickeln suchen. Ein Anfang wenigstens ist ja mit unsern bescheidenen Kolonialunternehmungen gemacht. Hätten wir Kolonien, die für Einwanderung im großen Stile geeignet wären, so wäre damit eine der Fesseln des deutschen Unternehmungsgeistes gelöst, da dann die Dienstpflicht in den Kolonien geleistet werden würde; auf etwas dergleichen scheint auch das dem Reichstage vorliegende Auswanderungsgesetz abzu zielen. Für das Bestreben, unsre Auswanderung in Gebiete zu lenken, wo die Auswanderer in lebendiger Verbindung mit dem Heimatstaate bleiben könnten, liegen die Verhältnisse insofern günstig, als die Vereinigten Staaten, die bisher die stärkste Anziehungskraft auf europäische Deutsche ausgeübt haben, heute keine verlockenden Aussichten mehr bieten und noch dazu die Einwanderung Mittelloser erschweren. Andererseits wird man aber auch den vollkommen richtigen Leitsatz nicht übersehen dürfen, den Fürst Bismarck im Beginn unsrer Kolonialbewegung entwickelt hat, daß nämlich nur Kolonien nach englischem, nicht solche nach französischem Muster Aussicht auf Gedeihen haben, d. h. Kolonien, wo nicht der Staat vorangeht, sondern der Kaufmann (oder der Handwerker, der Bauer), der Staat aber nur nachfolgt in dem Maße, als die Besiedlung Wurzel faßt, des Heimatstaats Schutzes oder Beistandes bedarf und ihn fordert. Bureaukraten können zwar durch regelmäßige Verbreitung zuverlässiger Berichte über die Zustände in den Auswanderungsgebieten großen Nutzen stiften, aber sie können dasheim in der Residenz unmöglich herausbekommen, in welcher Gegend des Auslands dem deutschen Bauer wohl sein und wo es ihm gut gehn wird, oder wo der Kaufmann Geschäfte machen kann; das müssen die beiden selbst herausfinden. Fehlt einem Volke dieser Spürsinn, so ist es unfähig zu kolonisieren, und Erwerbungen, etwa durch Eroberung, die der Staat macht, bleiben ein toter Besitz. Den Deutschen hat dieser Spürsinn niemals gefehlt, und sollte er gegenwärtig eingeschlummert sein (bei den Bauern und Handwerkern nämlich, die Kaufleute beweisen ihn ja im erfreulichsten Maße), so würde er sich wohl wieder erwecken lassen; er ist doch auch bei den Engländern germanisches Erbe.

